

Nr.	Budget / Referat / Team	Ergänzungsvorschlag Haushalt	Veränderung 2024 in €	Antragsteller	Bemerkung
1.	1/Büro RD'in	<p>RVR zum Anfassen</p> <p>Die Verwaltung wird beauftragt Vorschläge zu entwickeln, wie die verschiedenen Aufgaben, Projekte und „Produkte“ des Verbandes und der Beteiligungsgesellschaften des RVR auf der Grundlage des bestehenden CI und CD des Verbandes besser sichtbar gemacht werden können. Hierzu soll fachliche Unterstützung hinzugezogen werden.</p> <p>Begründung: Bereits in Auswertung der Kampagne zur 1. Direktwahl des Ruhrparlaments war festzustellen, dass der RVR und seine Leistungen außen oft nicht gut wahrgenommen werden. Das muss dringend verbessert werden. In diese Überlegungen sollen die Kommunen einbezogen werden.</p>	+ 30 T€	Die Linke	
2.	VL/3/BMR/Büro RD'in	<p>Fachkräftebedarf sichern – Integration von Langzeiterwerbslosen und Geflüchteten in Ausbildung und Arbeitsmarkt verbessern</p> <p>Die Verwaltung wird beauftragt, eine Studie in Auftrag zu geben, wie dem Fachkräftemangel in der Region durch bessere Integration von Langzeiterwerbslosen und Geflüchteten entgegengewirkt werden kann. Dabei sollen insbesondere Möglichkeiten zur besseren Zusammenarbeit von Verwaltungen und Behörden mit dem Handwerk und der Industrie gefunden werden. Des Weiteren soll geklärt werden, welche Voraussetzungen durch die EU, den Bund und das Land geschaffen werden müssen. Die Ergebnisse werden auf einer Sozialkonferenz vorgestellt.</p> <p>Begründung: Laut Umfragen der Industrie- und Handelskammern der Region sehen 62 % der Unternehmen im Fachkräftemangel die größte Herausforderung. Die vorliegende Analyse zum Masterplan Handwerk weist ebenfalls auf dieses Problem hin.</p> <p>Der demografische Wandel wird zu einer weiteren Zunahme des Fachkräftebedarfs führen, obwohl die Langzeiterwerbslosigkeit in der Region nach wie vor eine traurige Spitzenstellung einnimmt und viele Geflüchtete nicht zuletzt aus der Ukraine kommen.</p>	+ 200 T€	Die Linke	
3.	4/4-1	<p>Erhöhung der Aufwendungen für die Regionale Kulturförderung</p> <p>Der Ansatz zur Förderung von Projekten und Initiativen der freien Szene im Rahmen der Regionalen Kulturförderung wird auf 160.000 € angehoben.</p> <p>Begründung: Die Anmeldungen für das nächste Jahr haben gezeigt, dass die Bedarfe mehr als doppelt so hoch sind, wie die aktuell eingestellte Summe für die Förderung der Projekte der freien Szene.</p>	+ 25 T€	Die Linke	

		Gleichzeitig sind auch die Kulturschaffenden mit den drastischen Preissteigerungen konfrontiert. Deshalb ist eine weitere Erhöhung der Mittel geboten.			
4.	4/4-1	<p>Erhöhung des Förderfonds Interkultur Ruhr</p> <p>Der Förderfonds Interkultur Ruhr wird um 100.000 Euro aufgestockt. Die Verwaltung wird gebeten, für die kommenden Jahre mit dem Land über eine entsprechende Erhöhung der Landesmittel zu verhandeln und den Fachausschuss über die Ergebnisse der Gespräche zu informieren.</p> <p>Begründung: Prozesse der Verständigung über Kultur gewinnen in der aktuellen Zeit mehr denn je an Bedeutung. Die vielfältigen Ideen und Projektansätze dafür im Ruhrgebiet machen deutlich, wie viel Künstler*innen an dem Thema liegt. Da seit Jahren der Förderfonds Interkultur überzeichnet ist, ist es geboten, den Etat zu erhöhen und gleichzeitig mit dem Land zu klären, wie man auf der Grundlage der „Nachhaltigkeitsvereinbarung Kulturhauptstadt“ perspektivisch die Mittel in dem Fonds gemeinsam bedarfsgerecht anpassen kann.</p> <p>Die Unterstützung der Interkulturellen Arbeit ist gerade in unserer Region ein wichtiges „Aushängeschild“ des RVR.</p>	+ 100 T€	Die Linke	
5.	4/4-2	<p>Ausbau der-Regionalen Sportförderung</p> <p>Die Fördersumme für Sportereignisse wird auf insgesamt 160.000 € jährlich erhöht.</p> <p>Begründung: Die Herausforderungen für die Vereine, regional und überregional bedeutsame Sportveranstaltungen zu organisieren wachsen von Jahr zu Jahr. Durch die Inflation sind die Herausforderungen weiter gestiegen. Diese sollen durch eine Etaterhöhung kompensiert werden.</p> <p>Darüber hinaus ist diese Förderung für das Ruhrgebiet als Sportregion wichtig, um Großveranstaltungen in allen Teilen des Ruhrgebietes zu ermöglichen und den RVR etwas populärer zu machen. Auch das Förderziel, integrative Veranstaltungen zu fördern, kann mit so niedrigen Mitteln kaum weiterverfolgt werden.</p>	+ 60 T€	Die Linke	
6.	5	<p>Region sichtbarer machen – EU-Niederlassung des RVR in Brüssel auf den Weg bringen</p> <p>Die Verwaltung wird beauftragt, im kommenden Jahr ein Konzept zur Schaffung eines regionalen Verbindungsbüros in Brüssel zu erarbeiten, welches man ggf. zusammen mit anderen Akteuren der Region betreibt. Die Ergebnisse sollen im Fachausschuss und in der Verbandsversammlung im Sommer zur Beschlussfassung vorgelegt werden. In einem ersten Schritt wird hierfür eine neue Stelle geschaffen, die perspektivisch auch vor Ort in Brüssel arbeiten soll.</p>	+ 95 T€ Personal	Die Linke	

		<p>Begründung: Die Regionen Stuttgart und Frankfurt unterhalten seit 2002 bzw. 2011 eigene Verbindungsbüros in unterschiedlicher Trägerschaft, an denen man sich bei der Erstellung des Konzeptes für die Niederlassung orientieren kann. Angesichts der Bedeutung der EU-Förderung für die Region und des guten „Standings“ des EU-Referates des RVR sollte der Aufbau einer Präsenz in Brüssel nun auch für den RVR angegangen werden, um den Austausch zwischen kommunalen/regionalen Akteur*innen und europäischen Einrichtungen zu verbessern und Netzwerkarbeit vor Ort zu entwickeln.</p> <p>Insbesondere der Weg der Region zur Grünen Industrieregion kann durch die Darstellung verschiedener modellhafter Projekte sichtbar gemacht werden. Damit in Zusammenhang stehende soziale Fragen könnten besser kommuniziert und auf den Weg gebracht werden.</p> <p>Geprüft werden soll, ob und mit welchen Akteur*innen eine solche Stelle in Kooperation aufgebaut werden kann.</p>			
7.	6/FZG Metropole Ruhr/FZ Gysenberg GmbH	<p>Erhöhung des Investitionsfonds Freizeitgesellschaften</p> <p>Um die Umsetzung der geplanten Investitionen in den einzelnen Standorten der fmr und dem Revierpark Gysenberg in vollem Umfang gewährleisten zu können, wird der Ansatz der Mittel um 30 Prozent erhöht.</p> <p>Begründung: Die aktuellen Baukostensteigerungen und Energiepreissteigerungen sind über die bestehenden Budgets der Freizeitgesellschaften allein nicht aufzufangen. Um die Planungs- und Umsetzungssicherheit für die Projekte unter den gegebenen aktuellen Bedingungen zu verbessern, erfolgt eine Anpassung des Investitionsbudgets. (ohne die Betriebsstätte Mattlerbusch).</p>	+ 330 T€	Die Linke	
8.	7/Personalrat	<p>Erhöhung der Mittel für Fort- und Weiterbildung</p> <p>Die Mittel für Fort- und Weiterbildung werden im Bereich Personal erhöht. Damit soll sichergestellt werden, dass die Mittel im Jahreskreislauf auch ausreichen.</p> <p>Begründung: Zu einem attraktiven Arbeitgeber gehören gute Möglichkeiten zur Fort- und Weiterbildung, zur Schulung der Führungskräfte und eine zeitgemäße Fortbildung im Bereich der Digitalisierung. Auch die Anforderungen an die inhaltliche Arbeit in den einzelnen Referaten und der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung Ruhr Grün wachsen stetig, die Aufgabenvielfalt durch die Beschlüsse der Verbandsversammlung nimmt weiter zu.</p>	+ 30 T€	Die Linke	
9.	7/1/Gleichstellungsstelle/Personalrat	<p>RVR als attraktiver Arbeitgeber – eigene Arbeitgebermarke entwickeln</p> <p>Um die bestehende Attraktivität des RVR und seiner Beteiligungen als Arbeitgeber nach außen sichtbar zu machen, wird in Zusammenarbeit der Referate 1 und 7 mit einer geeigneten Beratungs-</p>	+ 25 T€ Beratung +10 T€ Sachmittel	Die Linke	

		<p>agentur eine eigene „Arbeitgebermarke“ entwickelt. Es geht vor allem um die Verbesserung des Auftritts des RVR in Social Media.</p> <p>Begründung: Bereits heute gehen einige Kommunen ganz neue Wege, um ihre Leistungen als Arbeitgeber in der Region zur Gewinnung von Auszubildenden und Fachkräften sichtbarer zu machen und für eine Beschäftigung zu werben.</p> <p>Um für die vielfältigen Aufgaben des RVR auch zukünftig gute Beschäftigte aus der gesamten Region gewinnen zu können, scheint es notwendig, die vorhandene Expertise des Hauses unter Einbindung einer externen Firma zu unterstützen, um die Tragfähigkeit einzelner Ansätze auf den Prüfstand zu stellen und weiterentwickeln zu können.</p>			
10.	8/8-1	<p>Fortführung des Steckbriefes „Aktionsprogramm Kiesabbau-Folgelandschaften“</p> <p>Die Personal- und Sachmittel für den Steckbrief „Aktionsprogramm Kiesabbau Folgelandschaften“ werden wiedereingestellt und erhöht.</p> <p>Begründung: Die heftige Auseinandersetzung um den Kiesabbau im Kreis Wesel macht deutlich, dass es wichtig ist, konkrete Perspektiven für die Folgenutzung der Abbauflächen zu entwickeln. Mit der Verabschiedung des Regionalplans Ruhr und dem Begleitantrag zum Feststellungsbeschluss ist es nun erst recht notwendig, die Bemühungen fortzuführen. Eine Streichung der Mittel ist nicht nachzuvollziehen.</p> <p>Gleichzeitig wird die Verwaltung aufgefordert, mit dem Land in einen Austausch über eine Förderung des Projektes zu gehen.</p>	+ 78 T€ Personal + 20 T€ Sachmittel	Die Linke	
11.	9/20	<p>Projekt „Geovelo - Regionale Raddaten und Wanderwege“ im Rahmen des Projektes „Radwegesystem und Radroutenspeicher“ weiter fortsetzen</p> <p>Das seit 2022 bestehende Projekt der Erfassung und Fortführung eines regionalen Datensatzes aller Radrouten- und Radmobilitätsdaten wird auch in 2024 im Rahmen des Projektes „Radwegesystem und Radroutenspeicher weiter fortgesetzt und ausgebaut. Dafür stellt die Verwaltung die Mittel für eine halbe Stelle im Haushalt ein.</p> <p>Begründung: Der RVR ist für regionale Verkehrsentwicklungsfragen als freiwillige Aufgabe nach RVR-Gesetz zuständig. Zur Weiterentwicklung des Regionalen Radwegenetzes ist es notwendig, die Daten der Kommunen in einer regionalen Plattform zu sammeln und in den bereits bestehenden Fachinformationssystemen des RVR und der RTG zu integrieren. So wird es möglich, im Interesse des</p>	+32 T€ Personal ½ Stelle	Die Linke	

		qualitativen und quantitativen Ausbaus des Netzes Standards weiter sinnvoll zu vereinheitlichen und Priorisierungen u.a. für notwendige Lückenschlüsse der regionalen und kommunalen Netzsysteme vorzunehmen.			
12.	20/20-2	<p>Klimaanalysen ausbauen – neue Produkte verfolgen</p> <p>Die Modell-, Mess- und Geodaten für die Kommunen in den Produkten Stadtklimaanalysen und Stadtklimareport sollen den Kommunen schneller und zeitnaher zur Verfügung gestellt werden, das Angebot des RVR in Sachen Klimaanpassung und Klimaschutz soll weiterentwickelt werden. Hierzu wird die entsprechende Abteilung personell gestärkt.</p> <p>Begründung: Der RVR sollte bei den genannten Dienstleistungen verlässliche Kontinuität bieten. Er leistet mit den genannten Produkten einen wesentlichen Beitrag für die Bewertung entsprechender Daten für die Kommunen, die allein nicht in der Lage wären, solche fachlichen Analysen zu erstellen. Neben dem bereits vorhandenen fachlichen Mehrwert scheint es sinnvoll, auch weitere Produkte zu entwickeln, die den Kommunen bei der Lösung von Detailfragen, die entsprechenden Daten liefern. Vor allem den kleinen Kommunen fehlt Analysekapazität.</p>	+ 80T€ Personal	Die Linke	
13.	20/20-1	<p>Projekt Klimabäume mit öffentlichen und gemeinnützigen Organisationen weiter fortsetzen</p> <p>Die Verwaltung wird beauftragt, das erfolgreiche Projekt Klimabäume in 2024 weiter mit öffentlichen und gemeinnützigen Organisationen, insbesondere aus dem Bereich Kinder- und Jugendarbeit, fortzusetzen und auf weitere geeignete Unterstützern zuzugehen.</p> <p>Begründung: 2020 wurde das Projekt durch die Förderung des Umweltministeriums gemeinsam mit der Emschergenossenschaft und der Zukunftsinitiative „Wasser in der Stadt von Morgen“ umgesetzt. Die Baumverteilaktionen an Kommunen, gemeinnützige Institutionen und Bürger*innen boten die Möglichkeit, die Arbeit des RVR im Bereich Umwelt vorzustellen und gleichzeitig das Eigenengagement für das Klima zu fördern. Dies sollte unbedingt fortgesetzt werden, auch in Zusammenarbeit mit den Umweltbildungszentren. Im Zuge der Erarbeitung des Konzeptes Umweltbildung sollte über eine Verstärkung nachgedacht werden.</p>	+ 81T€ Personal + 40 T€ Sachmittel	Die Linke	
14.	1/6	<p>Kürzung der Mittel für die Standortkampagne</p> <p>Die Mittel für die Fortsetzung der Standortmarketingkampagne werden um 1.236 T€ gekürzt.</p> <p>Begründung: Die Standortkampagne ist mit rund 3 Mio. Euro seit Jahren eins der größten Projekte des RVR. Nach derzeitigem Stand werden Ende 2023 knapp 19 Mio. Euro in die Kampagne geflossen sein. Um die Umsetzung der Kampagne hat es viele Diskussionen im RVR gegeben. In jedem Fall ist</p>	- 1.236 T€	Die Linke	

		<p>es sinnvoll und möglich, die Kampagne zunehmend in den „Regelbetrieb“ insbesondere der BMR zu überführen. Die gekürzten Mittel, etwa die Hälfte der insgesamt etatisierten Mittel von 2.367 T€, werden zur Gegenfinanzierung der hier vorliegenden Haushaltsanträge verwendet.</p>			
--	--	---	--	--	--

Nr.	Budget / Referat / Team	Haushaltsbegleitanträge/Projekte (ohne direkte finanzielle Auswirkung)	Veränderung 2024 in €	Antrag-Steller	Bemerkung
1.	BL II/7/18	<p>Wiedereingliederung der Gebäudereinigung</p> <p>Die Verwaltung erarbeitet ggf. in Kooperation mit einer kommunalen Reinigungsgesellschaft ein Konzept zur Rekommunalisierung der Gebäudereinigung beim RVR. Es soll sowohl die organisatorischen und finanziellen Aspekte für den Verband als auch die sozialen Aspekte für die Mitarbeitenden beinhalten.</p> <p>Begründung: Die vom RVR genutzten Büroflächen sind größer geworden. Vor diesem Hintergrund ist eine Wiedereingliederung der Reinigungskräfte in den RVR aus sozialen Gründen wünschenswert, da viele private Reinigungsfirmen ihre günstigen Angebote auf Lohndumping gründen. Durch die deutliche Erhöhung des Mindestlohns haben sich die Bedingungen am Markt erneut geändert. Vor diesem Hintergrund macht auch eine erneute Wirtschaftlichkeitsprüfung der Reinigung bzw. ihrer Vergabe Sinn. Alternativ wäre die Kooperation mit einer kommunalen Reinigungsfirma denkbar. Eine Neuorganisation des Reinigungsdienstes sollte auch besonders auf Angebote für Langzeiterwerbslose geachtet werden.</p>	+ / - 0 €	Die Linke	
2.	VL/7/RVR Ruhr Grün/Beteiligungen	<p>Umwandlung befristeter Stellen in unbefristete Stellen</p> <p>Die Verwaltung, Ruhr Grün und die Beteiligungsgesellschaften werden aufgefordert, perspektivisch keine befristeten Stellen ohne Sachgrund mehr beim Verband einzurichten. Ein entsprechendes Konzept soll bis zur Sommerpause 2024 vorgestellt werden.</p>	+ / - 0 €	Die Linke	

		<p>Begründung: Beim RVR und der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung sind zurzeit 83 Mitarbeitende befristet beschäftigt. Die Zahl der befristeten Stellen soll in 2024 sogar um weitere 13 Stellen wachsen. Der hohe Anteil der befristeten Beschäftigten von mehr als 17 % der Belegschaft von 563 ist sozialpolitisch inakzeptabel und führt zu Fluktuationen auch während der Laufzeit der Projekte, die die Arbeit erheblich erschweren. Das kann sich der RVR angesichts des engen Arbeitsmarktes nicht mehr „leisten“.</p>			
3.	7/Gleichstellungsstelle/Personalrat	<p>Ausbildungsstrategie im RVR weiter entwickeln– Ausbildungsnetzwerk endlich etablieren</p> <p>Im Zusammenhang mit der Diskussion um die zukünftige Entwicklung der Ausbildung im RVR in Referat 7 soll die Schaffung von neuen Ausbildungs- und Qualifizierungsprofilen thematisiert werden. Dafür ist die Etablierung eines „Ausbildungsnetzwerkes“ mit den Verbandskommunen anzustreben, um dem Fachkräftemangel in den Verwaltungen gemeinsam entgegenzuwirken.</p> <p>Darüber hinaus prüft die Verwaltung, welche Möglichkeiten zu einer Verlängerung der Übernahme bzw. der Überführung von Ausbildungsverhältnisse in feste Arbeitsplätze besteht.</p> <p>Begründung: Die vor einigen Jahren mit über 6 % recht gute Ausbildungsquote im RVR geht seit Jahren zurück und liegt nur noch bei 3,45 %. Zudem stimmt die derzeitige Ausbildung nicht einfach mit dem künftigen Bedarf überein. So wäre eine vermehrte Ausbildung von Werksstudent*innen auch im Bereich Masterstudiengänge nötig, bei Ruhr-Grün eine Ausbildung im Bereich Landschaftsgärtner*innen.</p>	+/- 0 T€	Die Linke	
4.	20/20-1/20-3	<p>Wärmeplanung in den Kommunen unterstützen</p> <p>Die Unterstützung der gesetzlich verpflichtenden Wärmeplanung insbesondere bei kleineren Kommunen ist ein wichtiges künftiges Kooperationsfeld des RVR mit den Kommunen. Um diese Aufgabe zu übernehmen, wird das Referat Klima personell gestärkt. Eine Stelle ist aufkommensneutral, da die Kosten für die Übernahme von Aufgaben von den Auftraggebern erstattet werden.</p> <p>Begründung: Bereits jetzt zeichnet sich ab, dass insbesondere die kleineren Kommunen im Verbandsgebiet Bedarfe bei der Planung und Umsetzung der Wärmeplanung haben. Andererseits kann, wie in der Verkehrsplanung, diese Planung nicht an den Grenzen der Kommunen enden, sondern sollte verstärkt regional gedacht werden. Der RVR könnte hier als Moderator und Netzwerkorganisator wichtige Dienste leisten.</p>	+/- 0 T€	Die Linke	